

UNSERE WOCHE IM LANDTAG



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Ursprünglich wollte ich hier über ein paar Dinge schreiben, die mich diese Woche verstört haben. So hatte ich bisher immer geglaubt, die Wissenschaft berate die Politik und nicht umgekehrt. Dass bayerische Landespolitiker sich aber für so schlau halten, dass sie der Wissenschaft, sprich der Ständigen Impfkommision (StiKo) gute Ratschläge geben, zu welchen Ergebnissen diese kommen müsse, fand ich doch bemerkenswert. Das ist leider nicht nur a) ein Zeichen von Selbstüberschätzung, sondern b) ein trauriger Beleg, dass da jemand wissenschaftliche Erkenntnisse und Abwägungen nur dann akzeptiert, wenn sie einem in den politischen Kram passt und c) dadurch ärgerlicherweise Wasser auf die Mühlen der Verbohrten, die hinter allem Lügen und Verschwörung wittern. Wenn die StiKo Impfungen für Kinder und Jugendliche nur in

Ausnahmefällen empfiehlt, können Politiker gern darauf hinweisen, dass das kein Verbot der Impfung ist. Die StiKo anstatt dessen von der Spitze der Staatsregierung aus zu diskreditieren, ist beschämend.

Verstört hat mich diese Woche auch, dass die Lufthansa nun offensichtlich unhöflich wird: Fluggäste sollen nicht mehr als »Sehr geehrte Damen und Herren« begrüßt werden. Nun ist ja im Flugverkehr in den letzten Jahren manches Liebgewonnene dem Rotstift zum Opfer gefallen. Die Ursache für die Unhöflichkeit Deutschlands erster Fluglinie sind aber nicht Sparzwänge, sondern der Genderwahn. Dazu mehr ein andermal.

Denn: Wie klein werden alle diese Themen neben der Katastrophe, die diese Woche über Deutschland hereingebrochen ist? Im Moment, da ich diese Zeilen schreibe, beklagen wir unvorstellbare 133 Todesopfer und noch immer werden Menschen vermisst. Viele Menschen stehen buchstäblich vor dem Nichts. Erstaunlicherweise sind wir damit aber zugleich bei der guten Nachricht der Woche: Unsere Gesellschaft kann doch noch zusammenhalten!

Im Zuge der Covid19-Pandemie hat sich mir vermehrt der Eindruck aufgedrängt, der Egoismus beherrsche zunehmend selbst in Krisenzeiten unsere Gesellschaft. In diesen Tagen aber zeigt sich, dass wir in Notzeiten nach wie vor nicht wegsehen, nicht zuerst nach Verantwortlichen suchen, sondern zusammenrücken und anpacken! So sind nicht nur die Ehrenamtlichen in den Hochwassergebieten seit Tagen rund um die Uhr im Einsatz, auch aus Bayern und den anderen Bundesländern sind schon Katastrophenhelfer im Einsatz. Auch die Politik hat schnelle und großzügige Hilfe versprochen – und diesmal habe ich keine Sorge, dass die Taten hinter den Versprechen zurückbleiben werden. Was mir aber ganz besonders Mut macht: In den letzten Tagen haben mich viele Menschen angeschrieben oder angesprochen, wie sie helfen oder spenden könnten. Und unzählige private Initiativen sammeln und organisieren

inzwischen #Hochwasserhilfe. Schön, dass wir doch noch zum tatkräftigen Miteinander in der Lage sind.

Ich wünsche uns, dass uns das auch wieder in anderen Lebenslagen gelingt: Wo es um Einzelne, um Schwache und Benachteiligte geht, dort, wo die Not nicht auf den ersten Blick ins Auge springt, dort, wo nicht nur schnelle, sondern auch nachhaltige Hilfe nötig ist.

Das und ein gesundes Wochenende wünscht Ihr



Alexander Hold, MdL

Vizepräsident des Bayerischen Landtags



Es sind verheerende Bilder der Flutkatastrophe, die uns in den vergangenen Tagen aus Deutschland erreicht haben: die Auswirkungen der Unwetter unter anderem in Bayern, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen könnten schlimmer nicht sein: Orte sind überflutet, sie wurden vom Stromnetz abgeschnitten und ganze Häuser weggespült. **Die Menschen kämpfen um ihr Hab und Gut – viele werden zwischenzeitlich vermisst.** So stieg die Zahl der Todesfälle nach den schweren Unwettern Ende der Woche von Stunde zu Stunde – bei Redaktionsschluss dieses Newsletters war das ganze Ausmaß der Katastrophe noch immer nicht absehbar. **Wir sind in Gedanken bei den Opfern und trauern mit den Betroffenen und ihren Angehörigen!**

Das alles zeigt uns sehr deutlich: Auch der Freistaat muss schneller in wirksame Hochwasserschutzmaßnahmen investieren. Wir FREIE WÄHLER im Landtag haben den Weg für mehr Hochwasserschutz in Bayern bereits freigemacht und fordern, dass das Kabinett dem Flutpolderkonzept von Umweltminister Thorsten Glauber rasch zustimmt. **So kann der Schutz von über 120.000 Menschen mittels Flutpoldern verbessert werden.**

Dafür benötigen wir eine schnelle Entscheidung, denn das nächste Hochwasser kommt bestimmt – gerade in Zeiten des Klimawandels. Und jeder Zentimeter zählt. **Auch der Ministerpräsident steht in der Verantwortung: Er persönlich hat die Entscheidung für mehr Hochwasserschutz in Bayern unnötig verzögert.** Die CSU hat mit ihrer Blockadehaltung eine Lösung gerade an der Donau viel zu lange verschleppt.

MEINE WOCHE IM LANDTAG – RÜCKBLICK

STÄRKUNG VON SOZIALUNTERNEHMEN

Im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Jugend und Familie wurde am 15. Juli unser Antrag »**Social Entrepreneurship sichtbar machen und unterstützen**« verhandelt. Unter der Voraussetzung, dass Social Entrepreneurship rechtssicher von gewerblichen Unternehmen unterschieden und reglementiert werden kann, ergeben sich aus unserer Sicht verschiedene Handlungsbedarfe. So wollen wir prüfen, ob Gründerinnen und Gründer von Sozialunternehmen **einer spezifischen Förderung bedürfen und für die Skalierbarkeit ihrer Angebote sowie ihr Wachstum besondere Rahmenbedingungen benötigen.** Denn Ziel dieser Betriebe ist es, **den Spagat zwischen ökonomischem Denken und sozialem Mehrwert zu schaffen.** Sie streben mit ihrer Geschäftsidee nicht in erster Linie Gewinnmaximierung an, sondern die Lösung eines gesellschaftlichen Problems. **Dabei wollen wir sie bestmöglich unterstützen.**

Sozialunternehmen können zur Bewältigung zahlreicher gesellschaftlicher Herausforderungen beitra-

gen, indem sie mittels kommerzieller Methoden innovative Lösungsansätze verfolgen. Dabei kann es sowohl um soziale als auch ökologische Fragestellungen gehen. Hierzu zählen beispielsweise demografischer Wandel, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Integration, stabile Demokratie, aber auch Klimawandel, Landwirtschaft und Heimatförderung. **Daher liegt es uns sehr am Herzen, diese Betriebe optimal zu fördern.** Denn die Unterstützung sozialen Unternehmertums ist im Vertrag der Bayernkoalition ausdrücklich vereinbart.



G9 WEITERENTWICKELN – GYMNASIALE VIELFALT ERHALTEN

Der Elternbeirat des MGF Gymnasium Kulmbach hat eine Petition zur »**Sicherung des musischen Zweiges in der neuen Oberstufe des G9 an (teil-)musischen Gymnasien**« in den Bayerischen Landtag eingebracht. Doch für uns als FREIE WÄHLER-Fraktion stand die Vielfältigkeit der gymnasialen Oberstufe ohnehin nie zur Disposition: **Wir bekennen uns ausdrücklich und unverrückbar zum musischen Gymnasium und der gesamten gymnasialen Vielfalt als wertvollem Baustein der bayerischen Bildungslandschaft.** Das gilt auch für die Ende 2019 in Eckpunkten vorgestellte, neue Qualifikationsphase der Oberstufe. Der musische Zweig steht in keiner Weise zur Diskussion. **Unsere musischen Gymnasien sind das hohe C der gymnasialen Bildung, eine unverzichtbare Tonart für den Kulturstandort Bayern.**

Dass es trotzdem Sorgen gibt, weiß ich vom musischen Gymnasium in meiner Heimatstadt. Daher ist für mich klar, dass es keine Verschlechterung der Situation im Stundenbudget geben darf. Durch die bewährte Gestaltungsfreiheit an den Schulen geben wir dem musischen Gymnasium bayernweit größtmöglichen Raum zum lokalen Profil. Dazu

gehört auch weiterhin und bewusst die Möglichkeit zur Bildung von Leistungsfächern ohne zentral vorgeschriebene Mindestgruppengrößen. Die Fortentwicklung des G9 in seiner gymnasialen Vielfalt begleiten wir als Fraktion der FREIEN WÄHLER politisch und in entsprechenden Plenarinitiativen proaktiv. **Wir verstehen uns als Denkfabrik für beste Bildung.** Anknüpfend an seit Monaten laufende, eingehende Beratungen in den zuständigen Arbeitskreisen starten wir noch diesen Sommer, rechtzeitig vor weiteren Weichenstellungen, **eine Dialogphase zur Zukunft der gymnasialen Vielfalt in Bayern.** Dazu zählt auch ein **Runder Tisch zur künftigen, besseren Profilierung der musischen Gymnasien in Bayern.**

EINBEZUG DER REGIONEN IN EUROPA STÄRKEN – IDEEN UND REFORMEN FÖRDERN

Am 14. Juli wurde im Europaausschuss unser Antrag zur **Rolle der Regionen in der »Konferenz zur Zukunft Europas«** verhandelt. Wir stehen für ein bürgernahes Europa, das liefert, was es verspricht. Nichts anderes erwarten wir daher von der Konferenz zur Zukunft Europas. **Sie darf keinesfalls nur ein gemütliches Kaffeekränzchen sein, sondern muss zur konsequenten, mutigen Ideenfabrik werden, die Reformen wagt.** Bislang bleibt allerdings noch viel Luft nach oben. Klar ist: Generiert die Versammlung keine konkreten Ergebnisse und Verbesserungsvorschläge, ist der drohende Schaden durch Vertrauensverlust beim Bürger absehbar. **Insbesondere die Regionen brauchen zukünftig eine noch stärkere Stimme in Europa.** Denn niemand ist näher an der Umsetzung europäischer Gesetzgebung als Länder und Kommunen. Wir sehen uns

als aktiver und konstruktiver Teil einer »Allianz der Regionen für europäische Demokratie«. Dies haben wir über unseren Antrag nochmal deutlich zum Ausdruck gebracht. **Der Landtag muss und wird dabei eine zentrale Rolle spielen.**

INZIDENZWERT ALS »MUTTER ALLER ZAHLEN«? HAT AUSGEDIENT!

Das Robert-Koch-Institut hat am vergangenen Montag bekanntgegeben, dass es **neben der Inzidenz weitere Faktoren als Basis für die Entscheidung über Pandemie-Schutzmaßnahmen** einbeziehen möchte. Wir freuen uns sehr über diese Corona-Wende! Denn seit mehr als einem Jahr fordern wir, bei der Bekämpfung des Coronavirus nicht allein auf den Inzidenzwert zu setzen. **Vielmehr gilt es, Schutzmaßnahmen an der pandemischen Gesamtlage auszurichten.** Die frühere »Mutter aller Zahlen« verliert wegen fortschreitender Durchimpfung der Bevölkerung, besseren Schutzes der Risikogruppen und geringerer Häufigkeit schwerer Verläufe oder gar Todesfällen an Aussagekraft. **Deshalb plädieren wir für das Konzept einer gewichteten Risikoinzidenz. Sie muss die Hospitalisierung, insbesondere die Auslastung der Intensivbetten, aber auch Durchimpfung, R-Wert und Positivrate der durchgeführten Tests berücksichtigen.** Gut, dass dies nun auch vom renommierten RKI so gesehen wird. Die Bundesregierung sollte dessen neue Empfehlung so rasch wie möglich umsetzen. Zu dem Erfolg, den wir klar für uns verbuchen können, äußert sich unser Fraktionsvorsitzender Florian Streibl in seinem **Videopodcast**.

WINDENERGIE AUSBAUEN – ALLE POTENZIALE NUTZEN!

Eine erfolgreiche Klimawende bedarf des zügigen Ausbaus regenerativer Energien – auch in Bayern. Insbesondere Windkraft ist ein Baustein für den Ausstieg aus der Kohle- und Atomenergie. Beim geplanten Neubau von Windrädern stoßen Kommunen im Freistaat jedoch vielfach auf Hür-



den. Wie selbst gesteckte Klimaziele in den oberbayerischen Landkreisen dennoch mit Hilfe der Windenergie erreicht werden können, war kürzlich Thema eines Gedankenaustauschs im Mammendorfer Rathaus.

Abgeordnete der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion trafen sich mit dem ersten Bürgermeister von Mammendorf, Josef Heckl, und weiteren Windkraftexperten aus dem Landkreis Fürstfeldbruck. Man war sich einig: **Die Windkraft in der Region muss weiter ausgebaut werden, wenn die oberbayerischen Landkreise, speziell der Landkreis Fürstfeldbruck, seine selbst gesteckten Klimaziele erreichen möchte. Spätestens bei den Verhandlungen zu einem neuen Koalitionsvertrag wird deshalb die 10H-Regel ein wichtiges Thema sein.** Wer einen effektiveren Klimaschutz fordert, muss auch über den Ausbau der Windkraft und eine Anpassung von 10H nachdenken. Daneben gibt es weitere Hürden bei der Planung eines neuen Windkrafttrades. Auch Denkmalschutz, Windkrafterlass und der Verein für Landschaftspflege und Artenschutz in Bayern (VLAB) machen die Planung aufwendig – sie bleibt jedoch umsetzbar.

Grundsätzlich ist es wichtig, dass Bürgermeister ernsthaft zum Ausbau der Windkraft stehen – auch jene der betroffenen Nachbargemeinden. **Jede Kommune kann mit der Planung und unabhängig von 10H beginnen – sofern sie über einen passenden Standort verfügt.** Nach der Standortauswahl muss grundsätzlich ein Beschluss des Gemeinderates erfolgen und ein Investor gefunden werden. Im nächsten Schritt ist mit den Grundstückseigentümern die Bereitschaft zu Verkauf oder Verpachtung

zu klären. Dann können Themen wie Drehfunkfeuer, Denkmalschutz und naturrechtliche Belange gemeinsam mit der Aufstellung eines Flächennutzungsplanes angegangen werden. Erst danach kommt die 10H-Regel ins Spiel. **Wir fordern daher alle Kommunalpolitiker im Freistaat auf, sich von 10H nicht abschrecken zu lassen, sondern mutig mit Planungen zu beginnen.** Wir stehen laufend im Kontakt mit Wirtschaftsminister Aiwanger und Umweltminister Glauber, um im Bereich der Windkraft Verbesserungen zu erzielen. **So ist es unserem Wirtschaftsminister im Rahmen der EEG-Novelle gelungen, im Bund eine Beteiligung der Kommunen an der Einspeisevergütung von 0,2 Cent je kWh durchzusetzen.**



WIR FORDERN: TECHNOLOGIEOFFENHEIT STATT FIXIERUNG AUF ELEKTROMOBILITÄT

Die EU-Kommission hat am vergangenen Mittwoch ein ehrgeiziges Klimaschutzprogramm vorgelegt: **Mit »Fit for 55« will die Europäische Union bis zum Jahr 2030 im Vergleich zu 1990 mindestens 55 Prozent CO₂-Treibhausgase einsparen.** Grundsätzlich ist dieses Vorhaben zu begrüßen. Es gilt allerdings, die hierfür vorgesehenen Maßnahmen zu diskutieren. Um dieses Ziel zu erreichen, will die EU die Zulassung von Neuwagen mit Verbrennungsmotor ab 2035 verbieten. Dieses rigide Vorgehen und die Fokussierung auf einen strikt festgelegten Zeitpunkt empfinden wir als äußerst problematisch. Wir haben uns im Bayerischen Landtag stets für eine umfassende Technologieoffenheit ausgesprochen. **Mit ihrem geplanten Verbot von Verbrennungsautos zwingt die EU-Kommission die Industrie mit Gewalt auf einen von ihr vorgeschriebenen Weg – und das ohne großen zeitlichen Spielraum.** CO₂-neutrale Flüssigkraftstoffe und Wasserstoff finden dabei keinerlei Berücksichtigung, obwohl diese ebenfalls wichtige Treibstoffe sind. Dies beschneidet internationale Marktchancen gerade des Automobilstand-

orts Bayern. Um eine Fokussierung auf den batterieelektrischen Antrieb überhaupt erst zu ermöglichen, fordern wir zunächst **einen parallel laufenden, flächendeckenden Ausbau der Ladeinfrastruktur.** Wir müssen sicherstellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger in Bayern und darüber hinaus über einen verlässlichen Zugang zu Ladestationen verfügen. Erst dann können wir uns der Elektromobilität verstärkt zuwenden.

STARTSCHUSS FÜR GRÜNE WASSERSTOFFERZEUGUNG

Im Sommer 2022 ist es soweit: Eine der größten grünen Wasserstoffherstellungsanlagen in Deutschland wird in Wunsiedel ihren Betrieb aufnehmen. Am 9. Juli wurde der Spatenstich mit unserem Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger und Umweltminister Thorsten Glauber gesetzt. Wie viele Tonnen an CO₂ jährlich durch den Einsatz des dort hergestellten Wasserstoffs in Verkehr und Industrie vermieden werden können, erfahren Sie in dem **Facebook-Beitrag** des bayerischen Umweltministeriums.

FÖRDERBESCHEID FÜR ORGELSANIERUNG

Jedes Jahr unterstützt die Bayerische Landesstiftung eine breite Palette an Projekten mit erheblichen Förder-



mitteln, um wertvolles historisches Erbe zu erhalten und die Kultur zu fördern. Gute Nachrichten diesmal für die Katholische Pfarrkirche in Altusried, der jetzt ein Zuschuss in Höhe von 2.700 Euro für die Sanierung der Orgel zugesprochen wurde. »Dem Baudenkmal in Altusried wird überregionale Bedeutung beigemessen«, heißt es dazu in der Stellungnahme, der sich auch das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst angeschlossen hat.

Meine Freude darüber ist riesig, denn der Freistaat hat hier eine finanzielle Unterstützung für die Denkmalpflege im Allgäu bereitstellt. Die Orgel gilt allgemein als Königin der Instrumente und ist 2021 auch zum Instrument des Jahres gekürt worden. Einen besseren Anlass kann es also gar nicht geben, dieses Kulturgut zu stärken und als Bestandteil vieler denkmalgeschützter Kirchen zu schützen.

Bereits vor drei Jahren wurde der Glockenstuhl der Pfarrkirche St. Blasius und Alexander umfassend renoviert. »Damals wurde die Stahlkonstruktion des Glockenstuhls aus Eisen komplett aus- und ein Glockenstuhl aus Holz eingebaut. Außerdem musste eine der insgesamt sechs Glocken repariert werden. Das ging bereits ordentlich ins Geld. Unsere Orgel ist schon lange fällig gewesen und es war ein ziemlicher bürokratischer Hindernislauf, bis wir die Zusage für eine Generalsanierung der Orgel bekommen haben«, so beschreibt Kirchenpfleger Wilfried Kiechle aus Altusried die vergange-



Landtagsvizepräsident
Wolfgang Heubisch (FDP)

Fraktionsvorsitzender
Martin Hagen

IMPRESSUM

ALEXANDER HOLD (V.i.Sd.P.) Telefon 0831 9909 3001
Salzstraße 12 alexander.hold@fw-landtag.de
87435 Kempten www.alexander-hold.de

nen Monate im Rückblick. Umso größer ist jetzt die Freude vor Ort, dass sich die Bayerische Landesstiftung mit einer Finanzspritze an den teuren Sanierungsmaßnahmen beteiligt.

Mehr zur Kirchenorgel und ihrer Geschichte [\[HIER\]](#).

GEBURTSTAGE SIND ZUM FEIERN DA

Für unsere Nachbarn aus Frankreich ist der 14. Juli unweigerlich mit den Feierlichkeiten zu ihrem Nationalfeiertag verbunden. Für mich stand der 14. Juli dieses Jahr auch ganz im Zeichen einer Feier. Einer Feier im doppelten Sinne sogar und das über die Parteigrenzen hinweg.

Meine beiden Landtagskollegen der FDP Wolfgang Heubisch (Landtagsvizepräsident) und Martin Hagen (Fraktionsvorsitzender) haben ihren 75. bzw. 40. Geburtstag gemeinsam im Bayerischen Landtag gefeiert. Nicht nur, dass ich es wichtig finde, dass Geburtstage gefeiert werden. Wenn es etwas gibt, was man wirklich feiern sollte, dann doch, dass man das Privileg hat, älter zu werden. Oder was meinen Sie?

Noch schöner ist es allerdings, wenn man es mit Menschen gemeinsam tun kann und dies in einem Rahmen, der den aktuellen Hygienevorschriften entspricht. Vergangenes Jahr musste noch viele Geburtstage coronabedingt komplett ausfallen. Umso mehr habe ich mich gefreut, dass es in unserer Demokratie möglich ist, auch über die Parteigrenzen hinweg miteinander anzustoßen und einen entspannten Abend abseits des täglichen Politgeschehens zu verbringen. Inspirierende Gespräche ohne Druck und Umfragewerte. Auch das ist möglich und gut so.